

Abonnements
 werden beim Verlag und dessen
 bekannten Agenten entgegen-
 genommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
 Vierteljahrspreis von:
 M. 4,40 für Deutschland (direkt
 per Brief-Gewehr)
 M. 2,75 für Oesterreich (direkt
 per Brief-Gewehr)
 M. 3, — für alle übrigen Länder
 des Weltverkehrs (Australien).
Inserate
 die dreizehnpennige Zeilzeile
 3 Pence — 25 Pfg. — 30 M.

Der Sozialdemokrat

Erscheint
 wöchentlich einmal
 in
London.
 Verlag
 der
 German Cooperative Publishing Co.
 E. Barnstone & Co., London N. W.
 114 Kentish Town Road.
Postsendungen
 franco gegen franco.
 Großbritannien Briefe
 nach England kosten Doppelpost.

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

N. 3. Belege an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Belege nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben. 18. Januar 1890.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zu den Reichstagswahlen.

II.

Die Wahlen sind ausgeschrieben. Diese Nummer trifft die Genossen im Reich bereits im heißen Kampfgehwühl. Daß sie ihr Möglichstes anbieten werden, der Partei jeden denkbaren Erfolg zu verschaffen, ist so selbstverständlich, daß es sie beleidigen hieß, wollten wir sie zur Erfüllung ihrer Pflicht aufrufen. Nicht zu diesem Zwecke schreiben wir diese Artikel. Die Aufgabe, die wir uns gestellt, ist vielmehr eine andre. Wider unsern Willen dem Schauplatz des Kampfes entrückt, an dem wir doch mit ganzer Seele theilnehmen, wollen wir in möglicher Ruhe und Objektivität die allgemeinen Gesichtspunkte dieses Kampfes erörtern, wozu denen, die mitten im heißen Gefecht stehen, nicht nur die Zeit, sondern auch oft die Stimmung fehlt.

Wir haben im vorhergehenden Artikel schon darauf hingewiesen, daß es für die Sozialdemokratie durchaus nicht gleichgültig ist, wie der Reichstag, auch abgesehen von den sozialistischen Abgeordneten, zusammengesetzt ist, daß die Partei darauf hinarbeiten muß, direkt und indirekt einen möglichst großen Einfluß in demselben zu besitzen. Das leuchtet jedem ein und bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung. Die Frage ist nur, was haben die Genossen neben der unmittelbaren Wahlthätigkeit für die Partei, die wir bereits flüchtig, zu thun, um das obige Resultat zu erzielen. Mit andern Worten: welches ist die beste Wahltaktik der Partei gegenüber den gegnerischen Parteien.

Wir wissen, welcher Einwand uns hier gleich gemacht werden wird: Wozu diese Frage noch lang und breit diskutieren? Die Gegner sind für uns nichts als eine reaktionäre Masse, wir lassen sie einfach links liegen, und damit basta.

Das lautet ungemein plausibel, und ist doch falsch. Vor allen Dingen im heutigen Deutschland falsch. Die gegnerischen Parteien sind keine Sozialisten, sie werden sich unter Umständen, und zwar alle ohne Ausnahme — darüber geben wir uns gar keinen Illusionen hin, und möchten auch den Genossen alle Illusionen austreiben — gegen uns verbünden; wir können uns auf keine von ihnen verlassen — darin haben die Anhänger des obigen Satzes Recht. Falsch ist nur die Zugewandlung, die sie daraus ziehen. Warum soll es der Sozialdemokratie verwehrt, warum ihr verboten sein, aus den rivalitäten zwischen ihren Gegnern den möglichsten Vorteil für sich herauszuschlagen? Was erforderlich ist, ist nur, daß diese Frage frei von allen sentimentalen Anwendungen erwogen wird. In Fragen der Taktik hat nicht das Gefühl, sondern das Interesse zu entscheiden, wobei wir selbstverständlich nicht an kleinliche Augenblicke, oder gar Kirchthurmsinteressen denken, sondern an die Interessen der großen Sache, der wir dienen, an die Interessen der Klasse, für deren Emanzipation wir kämpfen. Dieser Gesichtspunkt, der prinzipielle und Klassen-Charakter unserer Partei, darf selbstverständlich nie aus dem Auge verloren werden.

Gehen wir jedoch auf die konkreten Verhältnisse über. Was ist vom Standpunkt der Sozialdemokratie das wünschenswerthe Resultat der Reichstagswahlen, neben Zunahme der sozialdemokratischen Sitze und Stimmen? Eine Niederlage der Regierungsparteien, oder, mit andern Worten: ein Sieg der Oppositionsparteien.

Kein einziges ernsthaftes Argument, das dagegen spricht. Die Antwort ist durch die politische Verfassung Deutschlands gegeben.

In Deutschland sehen wir nicht, wie in parlamentarisch konstitutionellen Ländern, zwei große bürgerliche Parteien um die Herrschaft im Staate ringen. Die Herrschaft ist vielmehr etwas gegebenes, das Staatsruder ist, um einen Ausdruck der Geschäftswelt zu gebrauchen, in „festen Händen“. Diese „festen Hände“ sind gewissermaßen die Inkarnation der „bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung“, das heißt, des bestehenden kapitalistischen Ausbeutungssystems. Um die Regierung gruppieren sich die Ausbeuterparteien kal' exochen, das moderne wie das modernisirte Junkertum, der kapitalistische Feudalismus in Landwirtschaft, Industrie und Handel. Bei den bürgerlichen Oppositionsparteien wiegen jeweilig Spezialinteressen, theils materieller, theils ideologischer Natur vor — welche Regiere beiläufig, wie beim Zentrum, sehr reaktionär sein können — bei den Regierungsparteien unterdrückt das kapitalistische Klasseninteresse alle ideologischen Nebenbestrebungen.

Von allen andern Fragen abgesehen, liegt es daher im Interesse der Arbeiterklasse, daß diese Parteien nicht die Majorität erhalten. Ihr Sieg hieß auf fünf Jahre hinaus den erbittertsten Feinden der Arbeiter einen Freibrief ausstellen, von dem die Herren nur zu eifrig Gebrauch machen

würden. Und wenn es ihnen auch nicht gelingen würde, der Sozialdemokratie den Garau zu machen, so würden sie doch ihr alle erdenklichen Opfer auslegen, der Arbeiterklasse die Wahrung ihrer Interessen in jeder möglichen Weise erschweren. Ein Sieg der Regierungsmehrheit heißt auf jeden Fall eine Schwächung der Position der Arbeiterklasse.

Genau das Gegenteil bedeutet ein Sieg der Opposition. Wie jämmerlich sie sich auch geberden mag, sie stärkt, ob sie es will oder nicht, die Macht der Arbeiter. Die bloße That- sache, daß die Gewalthaber im Parlament in der Minderheit sind, hebt ihr Selbstgefühl, kräftigt sie moralisch. Das ist eben die Rehrseite des monarchischen Konstitutionalismus, daß er die Interessen des Volkes mit denen der Feinde der Regierung identisch macht. In Deutschland ist es klar: wer für die Freiheit ist, kann unter keinen Umständen für die Regierung sein, er muß den Sieg ihrer Opposition wünschen, wie immer dieselbe auch beschaffen ist.

Schöfel genug sieht es ja in dieser Hinsicht in unserm lieben Vaterlande aus. Wer bildet die bürgerliche Opposition? Das Zentrum und der deutsche Freisinn. Was das Erstere anbetrifft, so weiß jedes Kind, daß es in seinem Schooße Elemente birgt mit weit reaktionäreren Tendenzen, wie selbst viele, die im Schwanz der Regierungsparteien einherlaufen. Individuell betrachtet, wäre gar mancher National- liberale manchem Ultramontanen zehnmal vorzuziehen, aber er ist ein Stein im Brett der Regierung und muß daher von jenem geschlagen werden. Im Kampf heißt es nicht, was möchtest Du? sondern, was thust Du? Auf welcher Seite kämpfst Du? Und wer mit den Hellsdorf, den Kardorf, den Bennigsen geht, unterstützt die Feinde der Arbeiterklasse.

Ueber den deutschen Freisinn, diesen Mächtigen und Kam- dohnicht, noch ein Wort zu verlieren, ist eigentlich überflüssig. Das Zentrum ist perfid, hat schon manchen Berrath geübt, indeß dabei immer seinen Schnitt gemacht. Der deutsche Frei- sinn dagegen übt den Berrath nicht aus Perfidie, sondern aus jämmerlicher Schwäche. Wer den Schnitt dabei machte, das waren immer seine Feinde, er selbst wurde geschnitten. Dabei kann man nicht einmal sagen, daß die Führer schlechter sind als die Massen. Im Gegenteil, unter den Führern der Deutschfreisinnigen sind noch viele ihren Anhängern nicht feig genug, von denen der Hauptstadt vielleicht abgesehen. Nach dem schmuckvollen Verhalten der Partei bei den Stichwahlen von 1887 haben die Führer jetzt die Parole ausgegeben: Unter allen Umständen gegen das Kartell! Aber schon beginnt hinter ihren Rücken die Mogelei mit den Nationalliberalen; in Ehemnig ist der Pakt bereits geschlossen, und andere Orte werden folgen. Darüber darf man sich gar keinem Zweifel hingeben.

Eine jämmerliche Opposition, fürwahr. Aber mit all ihrer Jämmerlichkeit ist und bleibt sie nun einmal die Opposition, und wir haben kein Interesse daran, sie numerisch zu schwächen. Wie sie ist, bleibt sie doch ein Dorn im Fleisch der Macht- haber in Deutschland.

Wohlgemerkt, wir treten hier nicht dafür ein, mit Umgehung des St. Galler Beschlusses für die Gegner zu stimmen. Jener Beschluß ist gefaßt, und die Ehre der Partei gebietet, ihn zu halten. Was wir wollen, ist, dagegen eintreten, daß er in der Hitze des Gefechtes eine Wirkung erhält, die direkt den größten Feinden der Arbeiterklasse, dem Erbfeind der Völkerei, dem preussischen Polizeisystem zu Gute kommt. Bei aller Kritik, bei aller scharfen Bekämpfung von Zentrum und Freisinn dürfen die Genossen sich nicht davon abdrängen lassen, daß jenes der Feind ist, der ins Herz getroffen werden muß.

Was ein Sieg der Regierung bedeutet, abgesehen von allen weiteren Belastungen, haben wir oben gesagt.

Was würde ein Sieg der Opposition bedeuten? Die schlimmsten Eventualitäten wären: ein Kompromiß der Regierung mit dem Zentrum oder eine baldige Reichstagsauf- lösung und Neuwahl.

Beiden Eventualitäten kann die Sozialdemokratie getrost ins Auge blicken.

Ein Kompromiß der Regierung mit dem Zentrum würde nicht schlimmere Belastungen und Bedrückungen bringen als ein Sieg der Regierungspartei, es würde aber den so not- wendigen Zerlegungsprozess dieser Mischmaschpartei erheblich beschleunigen. So schlan die Zentrumsführer sind, das können sie doch nicht verhindern, daß alsdann der reaktionäre Pferdes- fuß ihrer Partei immer deutlicher zu Tage tritt. An der Aufgabe, die Junker und die Arbeiter im Zentrum zufrieden zu stellen, scheitert selbst die Fuchselugheit eines Windhorst. Geht aber das Zentrum unter Führung der Junker mit der Regierung, so gehen die Zentrumsarbeiter zur Sozialdemokratie.

Kommt es dagegen zur Reichstagsauflösung, so ist wiederum der Vortheil auf Seiten der Sozialdemokratie. Jede Wahl bedeutet eine Förderung derselben, eine Stärkung der Arbeiter- klasse. Jede Wahl zwingt die herrschenden Klassen, um die Gunst der Arbeiter zu hohlen, ihnen Versprechungen zu machen, sie anzurütteln. Und die Wirkung ihrer Agitation erndtet die Sozialdemokratie.

Das sind die schlimmsten Eventualitäten. Hält dagegen die Opposition Stand und geht im Reichstag das Klauen los, so

hat die Sozialdemokratie erst recht gewonnenes Spiel. Das ist so klar, daß wir es hier nicht erst auszuführen brauchen.

Kurzum, die Sozialdemokratie kann bei einem Sieg der Opposition nur gewinnen.

Das ist nach unserer Ansicht genug, um sozialistischerseits alles zu vermeiden, was über den notwendigen Kampf mit der Opposition hinausgeht. Treten die Genossen so scharf als sie es für nötig halten, gegen Zentrum und deutschen Freisinn auf, aber unterlassen sie in dieser Bekämpfung alles, was dem ändern, nicht minderen, aber mächtigerem Feinde nützt. Es ist das nicht immer leicht, aber es kann in dieser Hinsicht schon dadurch viel erzielt werden, daß der Kampf rein prinzipiell geführt wird. Uns trennt so viel von dem bürgerlichen Liberalismus und der katholischen Partei, daß die Betonung dieser Gegensätze, der Nachweis der wirtschaft- lichen und politischen Unzulänglichkeit dieser Parteien, die Kritik ihres bisherigen Verhaltens genügt, den Wählern dar- zulegen, daß wenn sie die politische und soziale Befreiung des Volkes wollen, sie dem Sozialdemokrat ihre Stimme geben müssen. Was darüber hinausgeht, persönliche Ver- dächtigungen zc. schadet oft mehr als es nützt, treibt manchen ins feindliche Lager, der sonst zu gewinnen wäre.

Die frühe Ausschreibung der Wahlen zeigt, daß Bismarck sehr gern das rothe Gespenst in dem Wahlkampf spielen lassen möchte, um eine ordnungsparteiliche Mehrheit zusammen- zubringen. Bereiten wir dieses Manöver nach Kräften. Halten wir das rothe Banner hoch, aber lassen wir uns nicht als Daghunde wider diejenigen brauchen, die als Masse zwar unsre Gegner sind, von denen aber noch sehr viele für uns gewonnen werden können, und gewonnen werden müssen, soll unser großes Ziel, die freie sozialistische Gesellschaft, zur Wahrheit werden.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 15. Januar 1890.

Das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee erläßt in deutschen Blättern folgenden Aufruf:

Parteigenossen!

Wie Euch allen bekannt, ist der 20. Februar als Wahltag für die allgemeinen Wahlen angefaßt.

Nach § 8 des Wahlgesetzes für den Reichstag sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage die Wählerlisten zu febrermännlich Einsicht anzulegen, und zwar für die Dauer von 8 Tagen.

Da bei der Eile, womit dieses Mal wieder die Wählerlisten hergestellt werden müssen, sie voransichtlich sehr Mähenhaft sein werden, und unter dieser Mähenhaftigkeit erfahrungsmäßig am meisten die Wähler aus der Arbeiterklasse leiden, so ist die Organisation der Massenburchsicht der Wählerlisten eine dringende Aufgabe.

Wir empfehlen also, daß überall diese Organisation der Massenburchsicht der Wählerlisten in der Art vorgenommen wird, daß in jeder Werkstatt, in jeder Fabrik je nach Bedarf Vertrauensmänner ernannt werden, welche alphabetisch geordnete Verzeichnisse der Wähler (Vor- und Zunamen und Wohnung) anfertigen und an der Hand dieser Verzeichnisse die offiziellen Wählerlisten durchsehen.

Weiter empfehlen wir, daß die Wahlkomites sich überall an die Orts- behörden wenden und diese ersuchen, die Wählerlisten auch während eines vollen Sonntag auszuliegen.

Die gewissenhafte und allseitige Befolgung dieser unserer Vorschläge kann uns leicht hier und da einen Wahlsieg sichern.

Also frühzeitig an's Werk!

Sämmtliche Wahlkomites werden ersucht, die Adressen ihrer Vor- sitzenden an Bebel, Dresden-Plauen, gelangen zu lassen.

Berlin, den 11. Januar 1890.

Das Zentral-Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei.
 Bebel, Grillenberger, Liebknecht, Reiser, Singer.*

Nach einer inzwischen erfolgten Bekanntmachung ist als Tag für die Auslegung der Wählerlisten in Preußen der

23. Januar

festgesetzt.

— Daß es ohne irgend einen Trick und Kniff mit obligatem Genickschlags-Hintergedanken nicht abgehen würde, das mußten wir von vornherein, und so hat die Anknüpfung, daß die Neuwahl genau an dem Tag stattfinden soll, wo das Mandat des jetzigen Reichstags abläuft, und durchaus nicht überrascht! Wir sagten uns nur: „Wo das war die Lücke!“ In Ermangelung besseren Futteres frist der Teufel bekanntlich fliegen, und wenn der Schnapsjunfer Bismarck seinen Bonlangier mit riesig aufgeblähtem Kriegswanwan haben kann, dann begnügt er sich mit dem erhofften bescheidenen Vortheil, daß die Oppositionsparteien entweder dem Reichstag auf Kosten der Wabagitation oder der Wabagitation auf Kosten des Reichstags, in welchem gerade jetzt die wichtigsten und der Regierung unbequemsten Debatten bevorstehen, ihre Hauptkraft widmen müssen.

Jahes — selbst das Kleine und Kleinliche will nicht mehr gelingen. Man merkt die Absicht — laßt und verachtet und — verteilt den hübschen Plan.

Was insbesondere die Sozialdemokraten angeht, deren Eingreifen in den Debatten über das neue Sozialistengesetz vor Allen gesuchet wird, so sind sie so gut vorbereitet, daß sie die Arbeiten des Reichstags und der Wabagitation zusammengenommen spielend bewältigen können. Und auch die Fortschrittler und das Zentrum werden sich durch das zeitliche Zusammenfallen des Wahlsitzes und der parlamentarischen Schlußkampagne nicht sehr beirren lassen.

Unter den Sozialdemokraten wurde die Nachricht, daß die Ent- scheidungsfrist schon so halb stattfinden soll, mit dem Jubel einer launhaftigen Truppe begrüßt, die lange Zeit im Kugelhregen Gewehr beim Fuß gestanden hat und endlich das Signal zum Losziehen erhält. Kan da auf! Das ist der einzige Gedanke, der gedacht, das einzige

* Ob Bismarck der „erste Staatsmann der Welt“ ist, wie er sich gern titulieren läßt, darüber kann man sehr verschiedener Meinung sein. Niemand kann ihm aber beireiten, daß er der erste Bourgeois unter den Staatsmännern ist.

—w. Berlin. Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant. Die hierige antisozialistische, staatsbürgerliche, deren Redakteur, Dr. Pöcher, die Strafe, die er sich durch verläumdende Beschuldigung des Genossen Singer zugezogen, im Gnadenwege, — wie diese politische Demagogie in bombastischer Redeform — erlassen worden ist, scheint sich jetzt darüber zu verwundern zu müssen.

In ihrer Nr. 303 sagt sie in einem Leitartikel über die Arbeiterbewegung, nachdem sie vorher ausdrücklich vorausgesetzt hat, daß Wilhelm I. auf sozialem Gebiete praktisch mehr gethan hätte, als das ganze sozialdemokratische Programmgeschichte von Singer bis Belol anwärt, daß die Agitation zu Gunsten des internationalen Feiertages, das Geschäffliche eines Triumphes über die eigenen Mitbürger, und der Verherrlichung des sozialen Krieges an sich trägt und daß endlich mit solchen Demonstrationen gewöhnlich Anfälle und Kundgebungen vereinigt sind, welche nur zu leicht zu schlimmen Exzessen führten oder deren Vorläufer waren. — Nun, in einem Lande, in welchem das Staatsoberhaupt zu Gunsten ihm geheimer Zwecke die Beschlüsse der Gerichte mit Füßen tritt, soll es nicht Wunder nehmen, wenn auf obigen Wink hin alle Kundgebungen am 1. Mai verboten werden. Denn „eine Liebe ist der andere werth“.

Von öffentlichen Aufzügen wollen übrigens die deutschen Arbeiter — weil diese doch nicht genehmigt werden — von selbst absehen, aber überall sollen am 1. Mai öffentliche Volksversammlungen stattfinden, in welchen Stellung zu Gunsten der Verkürzung der Arbeitszeit genommen werden soll. Wir werden ja sehen, wie weit die Regierung unseres Wilhelm dem Wunsche der „Staatsbürger- und Arbeiterzeitung“ nachkommt. Wie indess der Entschluß fallen mag, die freiständige aufschwungende Arbeiterbewegung wird keineswegs abgeschwächt, und die Gegner wissen dies, deshalb der Ruf nach mehr Polizei, Soldaten, Pulver und Blei! — Armes Volk, das so „regiert“ wird!

— An die Möglichkeit einer Auflösung des Reichstages wird jetzt ziemlich allgemein geglaubt. Die Nationalliberalen — so heißt man — werden sich bei der Abstimmung über das Sozialistengesetz spalten; die Ausweisung wird abgelehnt, die Auflösung erfolgt, und im Wahlkampf behaupten dann die Nationalliberalen, nur ein Theil von ihnen habe die Regierung bei ihrem heiligen Gesellschaftsvertrage im Stich gelassen. Auf diese Weise werde ein Konflikt der Mannesfeindpartei mit dem Kaiserthum von Friedrichsruh vermieden und der fatalen Prozedur des Anbahnungsbedrückens fürstlich vorgebeugt.

Wir wollen die unantastbare und überliche Rolle der politischen Wetterpropheten nicht spielen; auch das Widerrüchigste ist heutzutage möglich, wo die Laune großmuthwunderselbster Individuen Geseh ist. Was da kommen möge, wir sind vorbereitet, und die deutsche Sozialdemokratie wird in dieses Netz der Intriguen, der Gemeinheit und der Korruption hineinwachsen, daß es schreit.

Wir haben den Feind vor uns — da gibt es nur Einen Gedanken, nur Ein Gefühl:
Drauf!

Johannes Wedde f. In dem Augenblick, da unser Blatt in die Presse geht, trifft eine betrübende Nachricht ein. Johannes Wedde, einer der besten Schriftsteller, über welche unsere Partei verfügte, und als Dichter ebenso formgewandt wie originell, ist in Lübeck, wohin er sich nach seiner Ausweisung aus Hamburg gewendet, plötzlich im besten Mannesalter gestorben. In dem Augenblick, wo alle Aussicht vorhanden war, diesen geistreichen Mann als Vertreter unserer Partei im Reichstag zu sehen — bisher hatte er alle ihm angedeuteten Mandate ausgeschlagen — verliert ihn der Tod aus unserer Mitte hinweg. Das ist ein herber Schlag für die Partei, und namentlich die Genossen des Nordens, denen Wedde so nahe stand, werden ihn schmerzlich empfinden.

Wedde gehörte seit langen Jahren mit vollem Verze der Sozialdemokratie an; wenigstens er erst in den letzten zehn Jahren an die Öffentlichkeit getreten ist. Den Lesern der älteren Parteipublikation ist er unter dem Namen Silvanus bekannt.

Johannes Wedde war ein persönlicher Freund unseres unvergleichlichen August Geib. Als die Hamburger Gerichtszeitung verboten worden war und alle als schriftstellerisch thätig bekannten Genossen aus Hamburg ausgewiesen wurden, trat er in die Presse ein und gründete die „Hamburger Bürgerzeitung“, die bald zu großer Bläthe gelangte. Aber die Hamburger Arbeiter wollten kein selbständiges politisches Blatt haben. Wegen eines Artikels „Gewalt ist kein Heilmittel“ wurde sie auf Grund des Gesetzes gegen die Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie verboten, und gleichzeitig Wedde aus Hamburg ausgewiesen. Er hebte nach Lübeck über, von wo aus er das „Hamburger Echo“ herausgab. Nun hat ihn ein plötzlicher Tod seinem Wirkungskreis entzogen. Die Partei verliert einen begabten charaktervollen Kämpfer. Ehre seinem Andenken!

— Der Boykott! der Boykott! Herr von und Mohr Hammerstein, Redakteur der „Kreuzzeitung“ hat sich wieder einmal das allerhöchste Mißfallen seines allergnädigsten Königs zugezogen. Der Herr versteht die Interessen der „Ohlen aus Prinsip“ — wie sich sein ungleich begabter Vorgänger, der verstorbene Geheimrath Wagner, ausdrücken liebt — nämlich der allpreussische Junker, und hat dabei die Dummheit begangen, jetzt, vor den Wahlen, wo es doch gilt, dem

Und strecke die Lende über die dort schlummern
Und nichts wissen von sich,
Als ihre Wimpern zuden
Und sie sich hin und wieder wälzen,
Und rufe laut, daß es halbe
Von Hügel zu Hügel,
Von Thal zu Thal:
Wacht auf! wacht auf!
Ihr habt weitausend Jahre geschlafen,
Das ist lange genug. Wacht auf! seht,
Es will lichter Morgen werden!

Und es hören es die Hügel,
Und es hören es die Thäler,
Und es hören es die Ufer des Meeres alle,
Und die Wellen am Ufer hören es,
Und beginnen es gegen einander zu schlagen.
Und die Tiefen des Meeres hören es,
Und steigen mit Freuden empor.
Und die letzten Wellen hören es,
Und schlagen es an die Felsen mit Jubel.
Da bröckelt das Land.
Ein neues Licht durchdringt alle Menschen.
Aufstehen die Nationen der Erde.
Denn der Reich ist von ihnen genommen,
Und den Blinden sind die Augen aufgethan,
Und wollen als freie Menschen auf Erden wohnen,
Und ein Blutbad unter ihnen wird nicht mehr sein.

Wie hier, so hat Jacoby fast durchgängig in den „Boesen“ seine Gedanken in orientalische Form gekleidet. Aber nicht überall ist er bildlich, in der „Erählung aus Berlin's Vorzeit“ erstreckt er den Leser durch prächtigen Humor.

„Es werde Licht“ erschien in erster Auflage im Jahre 1872, zu einer Zeit, da der Sozialismus noch weniger gekannt als verachtet war. Damals, wo ganz Deutschland noch erfüllt war von dem Siegesrausch des „heiligen Krieges“, wo ein Freilicht mit dem Trompeter von Gravelotte in den Höfen der Scherzenberge einzug, gehörte ein ungewöhnlicher Muth dazu, als Dichter sich zur Partei der „Theiler“ zu bekennen. Um so höher ist daher die sühne, rühmliche Art zu schätzen, mit der Leopold Jacoby dies that. Man merkt es seinen Pochen an, daß sie wirklich empfunden sind. Da ist kein theatralisches Pathos, sondern echte Herzenswärme weht uns auf jeder Seite entgegen. „Es werde Licht“, ist in jeder Hinsicht ein empfehlenswertes Buch.

großen Wengel Volk Sand in die Augen zu streuen, sich mit dem Wohlwollen zu brüsten, das der Kaiser seinem Volk und seiner Partei zolle. Dieses ungetreue „Grühen unter den Linden“, das nur geeignet ist, die Wähler noch mehr fasslos zu machen als sie es ohnehin sind, ist, wie die Berliner Politischen Nachrichten“ offiziös schreiben, „zur Kenntniß Seiner Majestät gelangt“ und hat — Leser, delecter! — die Kaiserin auf dem Wort — „Allerhöchsten Befehl“ erlassen. „Seine Majestät der Kaiser“, heißt es weiter, „hat deshalb einen Befehl ergehen lassen, wonach die „Kreuzzeitung“ in den kaiserlichen Schlössern überhaupt nicht mehr aufliegen oder gehalten werden soll.“

Also ein Boykott, wie er im Buch steht. Ein Glück, daß er nicht in Chemnitz vor sich gegangen, sonst würde Wilhelm II. den Horn der dortigen Kreisamtmannschaft arg zu spüren bekommen. Gerechtigkeit für alle, ist die Parole. Jedenfalls bekommen unsere Genossen, die ihren Boykott zwar nicht gegen Blätter, die ihnen „mißfallen“, sondern nur gegen Wirthge richten, die sie als Bürger zweiter Klasse behandeln, wieder einmal vornehme Gesellschaft.

Sonst hat dieser Boykott nichts zu sagen. Sind die Wahlen erst vorüber und ist der liberale Stempel ins Garn des Kartells gegangen, dann „wird sich schon alles finden.“

Erdelster der Nation schlägt sich und Edelster der Nation verträgt sich.

— Die armen Monarchen! Das Königsbüchchen in Spanien schwebt zwischen Leben und Sterben, und das Königtum, welches es vertritt, liegt ungewisshast in den letzten Sätzen. Der Kaiser von Oesterreich hat Weltkrieger und will abdanken; der Jar aller Reussen ist vor Angst halb irrsinnig, und die Kerze „berücheten“, daß ihm demnächst die Zwangsjacke angelegt werden müsse — was ein großes Glück wäre für seine Völer — und der jüngste der Kaiser und Alten Freie ist von Reußen und den sonstigen Regierungsarbeiten so müde, daß er sich acht Tage Inkontinenz angeordnet, oder — um uns korrekt auszudrücken — zu sich befohlen hat. Die armen Könige und Kaiser! —

— Geschieht ihm ganz recht. Im Leipziger Freidenkerverein „Humboldt“ hatte ein Student der Philosophie, Namens May, zugelegt, einen Vortrag über die griechische Philosophie zu halten. Kaum hatte er aber damit begonnen, so wurde ihm seitens des Universitätsrichters die fernere Veranstaltung derartiger Vorträge strengstens verboten. Herr May hat sich beschwerdeführend an das sächsische Kultusministerium gewandt. Voransichtlich wird er wohl den Bescheid erhalten, daß der Universitätsrichter durchaus in seinem Rechte war. Was hat ein Student heutzutage mit Freidenkerei zu thun? Und was mögen in diesem Freidenkerverein für Leute sein? Junge Kaufleute, Handwerker, vielleicht gar — Arbeiter. Was ein rechter Student ist, der rümpft über diese „Anoten“ die Nase, aber ihnen Vorträge halten? und gar freidenkerische! Das ist eine Schande für die ganze Universität.

Herr May kann sich gratuliren, daß er nicht gleich relegirt wurde.

— Ein Boykott in dritter Instanz. Aus Magdeburg erhält die Berl. „Volkzeitung“ unterm 9. Januar folgende Mittheilung: „Boykott gegen Boykott. In einer öffentlichen Versammlung der Gastwirthe von Magdeburg, Wustau und Neustadt wurde einstimmig der Beschlus gefaßt, die Vergabe der Säle zu Arbeiterversammlungen so lange zu verweigern, bis die Sozialkommission die über eine Anzahl von Gastwirthden verhängte Sperre aufgehoben haben wird. Von diesem Zeitpunkt würden sie, die Gastwirthe, ihre Räume den Arbeitern bedarfs Abhaltung von Versammlungen wieder zur Verfügung stellen, solche Versammlungen jedoch, die zur Förderung sozialdemokratischer Bestrebungen dienen sollten, ausschließen.“

Da der Boykott der Arbeiter selbst nur eine Vertheidigungsmaßregel, eine Antwort auf den gegen sie gerichteten Boykott ist, so hätten wir hier einen Boykott in dritter Instanz. Und zwar zu dem edlen Zweck, den Herren Gastwirthden die Ehre zu erobern, Hansnächte der Ballen zu spielen. Nun, die Arbeiter werden den Herren die Antwort nicht schuldig bleiben und Maßregeln zu treffen wissen, diesen Ring zu sprengen. Sie verstehen sich auf Laski. Koch vor der Reichstagswahl, auf die dieser heldenmüthige Beschlus sicher gemünzt ist, werden die Magdeburger Gastwirthe auf einem andern Loch pfeifen.

— Auch der Humor fordert sein Recht. „Wenn wir das Jeng verstanden, was wir gegenwärtig Alles in Arbeiterblättern — es ist die deutsche Arbeiterpresse gemeint — zusammengekauft wird, so kommen wir wohl oder übel mitunter zu der Ueberzeugung, daß diese Schreiberleuten von der Lage der arbeitenden Klassen, soweit dieselbe nicht aus Wählern zu ersehen ist, gerade soviel verstehen, wie ein — foustiges Rhinoceros. Oder sollten es lauter Schuste sein?“ —

Also in Leten in der Neujahrsgewandlung der Moskischen „Freiheit.“ Hans ist merkwürdig zahm geworden. Warum nicht offen heraus sagen, daß Alle, die das „Jeng“ lauten, Rhinocerosse und Schuste sind?

— Oesterreich. Von dem Aufschwung, den die Arbeiterbewegung Oesterreichs nimmt, legt die Thatsache Zeugniß ab, daß auch in den südslavischen Distrikten neues Leben sich geltend macht. Aus Kroatien schreibt man der Wiener „Arbeiterzeitung“:

„Agram. Infolge der Theilnahmlosigkeit der hiesigen Arbeiterschaft, die dem hier erscheinenden Arbeiterblatte „Radnicki Glasnik“ fast in keiner Weise eine Unterstützung zu Theil werden ließ, war dasselbe gezwungen, im verflohenen Herbst sein Erscheinen einzustellen. Nach kurzer Zeit fanden sich jedoch wieder eine Anzahl entschlossener, überzeugungstreuer Genossen, welche in der rühmlichsten Weise thätig waren, um das Wiedererscheinen des bisher einzigen in kroatischen Sprache erscheinenden Arbeiterblattes zu ermöglichen. Ihre Bemühungen waren erfreulicher Weise von Erfolg gekrönt. Seit 1. Jänner erscheinert der „Radnicki Glasnik“ Organ der Gewerbe- und Arbeitervereine Kroatiens, jeden 1. und 15. des Monats wieder. Der Abonnementspreis für ein Jahr ist 1 fl. 20 kr. Schon vor dem Erscheinen hatte sich eine größere Zahl von Abonnenten gefunden und ist Hoffnung vorhanden, daß das Blatt nimmere lebensfähig sein wird.“

Auf Anregung einiger Genossen fand vor kurzem eine Bepredung einer größeren Zahl von Parteigenossen statt, bei welcher beschlossen wurde, in Agram für die Pünktigkeit eine Zusammenkunft von Vertretern der südslavischen Arbeiterschaft zu veranstalten.

Bei dieser Zusammenkunft soll eine „Südslavische sozialdemokratische Arbeiterpartei“ auf Grund des Hainfelder Programms gegründet werden; ebenso soll auch der „Radnicki Glasnik“ in ein Organ dieser neu geschaffenen Partei verwandelt werden. — Genanntes Blatt steht übrigens schon jetzt vollständig auf dem Boden des Hainfelder Programms und ist von seinem Wirten das Beste für die kroatischen Arbeiter zu erhoffen.“

— Das „Proletariat“, Organ der französischen Possibilisten, zieht in seiner neuesten Nummer mit großer Empfindung und so, spricht von bewusster Unethlichkeit (mauvaise foi) etc., weil wir in unserem Bericht über die Thätigkeit der sozialistischen Gruppe in der französischen Kammer einen Gleichvorschlag in Sachen der Händlungsarbeiten jener geschrieben hätten, während die Paterschaft desselben den Possibilisten Dumay und Joffrin gebührt.

Wir haben unsere Zusammenstellung auf Grund der in französischen Arbeiterzeitungen erschienenen Berichte gemacht und dort hatte es auch bei dem betreffenden Gesetze nur geheißen, „von den Sozialisten in der Kammer ist beantragt worden.“ Wir mußten infolgedessen annehmen, daß die sozialistische Gruppe gemeint sei. Jemand ein Grund, ihr widerrechtlich das Verdienst eines Antrags zuzuschreiben, den andere eingebracht, lag für uns nicht vor.

Weil wir uns gerade mit den Possibilisten beschäftigen und das „Proletariat“ wieder mit der Redeart von der „Autonomie“ künfters, die wir ihnen nicht gönnen, so wollen wir doch des neuerdings angebrochenen Konflikts zwischen der von den Possibilisten geleiteten Pariser Arbeitsbörse und dem Pariser Gemeinderath gedenken, weil er in vorerfährlicher Weise zeigt, wie die von den Possibilisten so pathetisch reklamierte „Autonomie“ in der Nähe anliegt.

Unsere Leser wissen von der Pariser Arbeitsbörse, die den Zweck hat, den organisirten Arbeitern Büreaus zur Arbeitsvermittlung etc. zu bieten. Diese Arbeitsbörse wird geleitet von einem Exekutiv Ausschuss, der selbst wieder gewählt wird von einem Generalratte, in das die verschiedenen Fachvereine, ohne Rücksicht auf ihre Stärke,

je einen Delegirten entsenden. Gegen diese letztere Bestimmung werden sich seit Jahren verschiedene Organisationen, die über tausende von zahlenden Mitgliedern verfügen; dem Dank derselben werden in dem Generalratte alle Delegirte, die nicht mit den Possibilisten durch die Zahl und Zahl gehen, von einer Mehrheit aus Delegirten kleiner Vereine, die vielfach nur ein Scheinchen führen, rückwärts überstimmt. So namentlich auch bei den Wahlen in den Exekutiv-Ausschuss; überall beschließt die künstlich geschaffene Mehrheit, was die Leitung der Possibilisten bestimmt. Und um dieses höchst undemokratische Gebahren zu beschneiden, griff man zu dem alten Kniff, die Opposition politisch zu verächtigen. Wer nicht wollte, wie die Herren Possibilisten, war doulangitischer Agent.

Das mußte eine Zeit lang. Als aber endlich der Stempel zu arg wurde und die Proteste sich häuften, entschloß sich die Arbeitskommission des Gemeinderaths, der die Kontrolle über die Geschäftsführung der Arbeitsbörse untersteht, diese Behörden zu prüfen. Der Bericht dieser Kommission ist jetzt erschienen und er ist eine vollständige Rechtfertigung der Opposition. Die Kommission, die aller doulangitischen Reigungen unerbötig ist, hat das Verlangen derselben, daß die Organisationen im Verhältnis der Anzahl ihrer zahlenden Mitglieder Berücksichtigung finden sollen, für durchaus gerechtfertigt anerkannt und empfiehlt, das Reglement der Arbeitsbörse im Sinne dieses Grundgesetzes dahin abzuändern, daß Vereine, die bis zu hundert zahlende Mitglieder haben, einen, die von 101 bis 300 zahlende Mitglieder haben, zwei, die von 301 bis 600 zahlende Mitglieder haben, drei, und die über 600 zahlende Mitglieder haben, vier Delegirte in das Generalratte zu entsenden berechtigt sein sollen. Das ist gewiß kein unbilliger Vorschlag, die kleinen Vereine kommen dabei durchaus nicht zu schlecht weg, demnach wollen die Possibilisten durchaus nichts davon wissen und sehen Himmel und Hölle in Bewegung, die Annahme dieses Vorschlages zu verhindern. Als Vorwand dient ihnen das Prinzip der heiligen „Autonomie“. Der Beschlus sei eine Einmischung in die innere Verwaltung der Arbeitsbörse. Darüber ließe sich im Prinzip sogar reden, aber die Possibilisten selbst verwahren sich feierlich dagegen, als bestritten sie dem Pariser Gemeinderath, der das Budget der Arbeitsbörse bewilligt, grundsätzlich das Recht der Kontrolle. Sie wollen sie bios hier nicht, wo sie ihre Kleinerrichtigkeit gefährdet. Mit einem Wort, die Autonomie, die sie meinen, ist Alles, nur nicht grundsätzlich. Was ist sie denn? — Autonomie!

— Aus Dänemark. Vom Parteivorstand der dänischen Sozialdemokratie geht uns über die Ausschluß-Affäre folgendes Schriftstück zu, das wir, um auch der andern Seite ihr Recht werden zu lassen, hiermit unverfälscht zum Abdruck bringen. Es lautet:

„Die sozialdemokratische Partei in Dänemark hat durch eine allgemeine Abstimmung, die im Zeitraum zwischen dem 11. und 20. November ds. Ja. stattfand, die folgenden damaligen Mitglieder auszuwählen beschloffen: Chr. Bilds, P. Christensen (Bildhauer, Delegirter an dem marxistischen Kongress zu Paris 1889), Nielsen, Kolding, Typograph, F. Müller, Høgaard, Høgaard, Nielsen, P. Petersen (Delegirter für einige Kopenhagener Vereine am marxistischen Kongress), P. Petersen, Seemann, Gerson Frier.“

Wenn wir eine Mittheilung hierüber nicht früher an unsere auswärtigen Brüderparteien geschickt haben, so geschah dies aus folgenden Gründen:

1) Wir sind der Meinung gewesen, daß dieses Ereigniß keine so große Bedeutung für die Sozialdemokraten des Auslandes hatte, daß die Mittheilung hierüber auf Bekanntmachung in den auswärtigen Parteipublikationen Anspruch machen könnte.

2) Zugleich sind wir der Meinung, daß die genannte Ausschließung eine innere Frage ist, und daß unsere Partei ein unbestreitbares Recht hat, diese auf eine solche Weise zu ordnen, die die Partei selbst als notwendig für die Förderung ihrer Thätigkeit und die Vertheidigung ihrer Interessen erachtet.

Da aber mehrere Parteipublikationen des Auslandes Mittheilungen über die Sache gebracht haben, und da diese Mittheilungen ausschließlich auf den falschen und verdrehten Darstellungen der Ausschloffenen selbst basirt sind, so geben wir hier den folgenden authentischen Bericht:

Der Antrag, die genannten Personen auszuschließen, wurde in einer sozialdemokratischen Parteiversammlung in Kopenhagen, Donnerstag am 7. November, von 20, der Parteileitung nicht angehörenden Mitgliedern gestellt.

Die Parteiversammlung, die über 1000 Theilnehmer zählte, beschloß mit allen Stimmen gegen ca. 40, die Parteileitung aufzufordern, den Ausschluß von einer Parteistimmung abhängig zu machen.

Der direkte Anlaß des Ausschlusses war eine Reihe höhner, ehrenrührender und im höchsten Grade herabwürdigender Beschuldigungen gegen unsere Partei und ihre Vertrauensmänner, die in dem Wochenblatt „Arbejdere“, für welches Blatt die genannten 7 Personen das verantwortliche Redaktionskomitee waren, veröffentlicht worden war.

Diese Beschuldigungen gingen darauf aus, daß es den Vertrauensmännern der Partei völlig an der persönlichen Ehre fehle, die sie zu Vertrauensposten in der Partei würdig machen sollte. Zugleich wurde die ganze Partei angefaßt, daß sie gefesselt und mit Berechnung ihre Vertrauensposten persönlich unehrlichen Leuten gäbe.

Wir wollen einzelne dieser ehrenrührenden Anschuldigungen hier:

In dem Wochenblatt „Arbejdere“ vom 28. Oktober ist folgendes geschrieben:

„Die alten sozialdemokratischen Führer haben es in ihrer Agitation verstanden, den Kern des Sozialismus zu verhehlen, seinen Zweck zu verweigern oder ihn als etwas in einer so fernem Zukunft liegendes, daß niemand es zu fürchten bedürfte, darzustellen. ... Auf diese Weise haben sie Anerkennung von den Gegnern errungen. ... Warum handeln diese Führer so? Ja, die Herren selbst wissen es gewiß sehr gut. Sie denken wahrlich nicht wie die Weisten: „Wer das Kreuz hat, segnet sich selbst, und wenn wir mit den Zwischenparteien in gutem Einverständnis sind, dann können wir uns immer eine Mehrzahl schaffen, durch deren Hilfe wir uns die Führerposten sichern können, und mit diesen kommt sowohl Ehre als Vortheil. Die Mehrzahl — sie sei, wie sie wolle — das ist die Frage.“

In diesen Ansprüchen wird die Beschuldigung gegen die Vertrauensmänner der Partei gerichtet, daß sie, um persönlichen Vortheil zu erlangen, ihre Ueberzeugung verstoßen haben, um dadurch dem Sozialismus zu schaden und seinen Gegnern zu nützen. Sie werden folglich als persönlich unehrlich gebrandmarkt. Die überwiegende Mehrzahl der Partei wird beschuldigt, daß sie aus Gegnern, und nicht aus Sozialdemokraten bestehe, und es wird deutlich gesagt, daß die Mehrzahl der Partei gefesselt und mit Berechnung ebenfalls dem Sozialismus zu schaden suche.

In einem andern Artikel desselben Blattes, worin die dänische Sozialdemokratie mit einem Bande verglichen wird, und worin die verächtlichen Instruktionen der Partei auf eine äußerst perfide Weise beudet wurden, heißt es:

„Das Land hat nur einen Fluß, den „silbernen Fluß“. Dieser besitzt die merkwürdige Eigenschaft, daß er von dem niedrigst gelegenen Lande nach dem hohen Lande fließt, wo das Wasser zum Theil verschwindet.“

Jedermann wird verstehen, daß diese Ansprüchen auf die Parteileitung zielen, und daß diese dadurch befähigt wird, das Geld, das die Parteimitglieder für die Förderung der Bewegung aufbringen, für sich zu rauben.

Kürzer diesen Angriffen wird man leicht eine Reihe anderer ähnlichen Inzults nachweisen können, welche die genannten Personen, gleich den fanatischsten Gegnern unserer Partei in der Kapitalistenpresse, veröffentlicht haben.

Diese ihre Thätigkeit hatte keineswegs ihren Anfang unmittelbar bevor ihre Ausschluß stattfand, ist vielmehr im Laufe eines viel längeren Zeitraums fortgesetzt worden. Es kann zum Beispiel angeführt werden, daß der genannte Nicolai P. Petersen schon vor 1 1/2 Jahren eine im Auslande gegen unsere Partei geschriebene Schmähchrift in's Dänische überetzt hat, und in dieser Schrift, außer einer Reihe an-erer grober Beschuldigungen, auch geltend gemacht, daß unser Parteiorgan „Sozialdemokraten“ unwürdig sei, das Wort „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ zu tragen.

Das genannte Wochenblatt „Arbejdere“ ist ein Privatunternehmen, das ursprünglich von Gerson Frier und Nicolai P. Petersen ins Leben gerufen wurde. Die übrigen ausgeschloffenen Personen sind später in die Leitung eingetreten. Durch die Haltung, die das Blatt

eingezogen, ist es hinlänglich konstatiert worden, daß eine Spaltung unserer Partei bewirkt wurde, und dieses mag leicht verständlich sein. Folger haben, besonders im Augenblicke, wo die Wahlen zum Reichstage unmittelbar bevorstehen. Die Ausgeschlossenen haben gleichfalls besondere Organisationen außer unserer Partei errichtet, und in diesen Organisationen wurden die Angriffe auf die Partei vorbereitet. Vor jeder früheren Reichstagswahl sind in der Regel ebenfalls private Mattunternehmungen und besondere Organisationen errichtet worden mit dem Zwecke, die Wahlbeteiligung von Seiten unserer Partei zu entkräften. Es ist uns früher zu konstataren gelungen, daß das Geld für solche Mattunternehmungen, die unter einer „revolutionären“ Maske unter den Arbeitern Eingang fanden, direkt von unseren reaktionärsten und folglich geschäftlichen Gegnern bezahlt wurde. Im gegenwärtigen Falle können wir konstataren, daß die von den Ausgeschlossenen auf unsere Partei gemachten Angriffe ganz derselben Art sind wie die, welche unsere Feinde ebenfalls früher mit klingender Münze bezahlten haben. Mit Beziehung auf die von der oben erwähnten Parteiversammlung genehmigte Aufforderung, brachte der Hauptvorstand der Partei die Ausschlußfrage zur Abstimmung in den der Partei angehörigen Abteilungen in Kopenhagen und den Provinzen. Das Resultat war, daß die Ausschließung durch 2613 Stimmen gegen 381. Von diesen wurden in Kopenhagen 1193 Stimmen für und 223 gegen die Ausschließung abgegeben.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Kopenhagen, 31. Dezember 1889.

Im Namen des Hauptvorstandes der
dänischen Sozialdemokratie:
P. Knudsen, Geschäftsführer.

Wir haben unsere Ansicht über die Ausschlußfrage bereits in Nr. 51 vom vorigen Jahre geäußert, und was dort gesagt ist, noch heute unsere Meinung. Wir halten den Ausschluß für einen Fehler, den wir im Interesse der dänischen Partei bedauern. Das vorstehende Schriftstück ist für uns nur ein Beweis von der Erbitterung, mit der auf beiden Seiten gekämpft wurde.

Dah dies vermieden werden konnte, geht aus dem Umstand hervor, daß die Partei im Punkte der Wahltaktik sich neuerdings zu dem bekannten hat, was die Opposition im Wesentlichen verlangt hatte. Sie hat sich von der liberalen Linken emanzipiert und geht mit eigenen Kandidaten selbständig in den Wahlkampf. Wir lesen darüber in der „Frankfurter Ztg.“:

„Das hiesige Organ des sozialdemokratischen Partei-Vorstandes („Sozialdemokraten“) veröffentlicht einen Wahlauftrag an die Arbeiter und Parteigenossen, in welchen erklärt wird, daß die Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Reichstagswahlen vollständig selbständig auftreten und keine Gemeinschaft mit der Opposition (Linken) haben will. „Die Linke — heißt es in dem Auftrage — ist eine für uns fremde Partei, die selbst nicht weiß, was sie will; sie hat den Wählern genügt und damit ihre Pflicht erfüllt. Es knüpft sich keine neue Hoffnung an den Rest ihrer Tage.“ Vorläufig sind nur zehn sozialistische Kandidaten aufgestellt, und zwar drei in Kopenhagen (im 5., 8. und 9. Wahlkreis), der 5. Kreis ist bisher von einem Sozialdemokraten vertreten worden), 1 in der Kopenhagener Vorstadt Frederiksberg und je einer in Odense, Randers, Skanderborg, im 3. und 4. Wahlkreis des Amtes Viborg, sowie im 3. Wahlkreis des Amtes Aarhus. In der Stadt Aarhus hat die Sozialdemokratie noch keinen Kandidaten aufgestellt, vielleicht aus Rücksicht auf den ihr nahestehenden bisherigen Vertreter der Stadt, Dr. Pöngel, welcher der äußersten Linken angehört. In dem Auftrage wird bemerkt, daß außer in den genannten 10 Wahlkreisen gegenwärtig keine Hoffnung für den Arbeiterstand sei, mit eigenen Kandidaten durchzubringen.“

Mit diesem Schritt ist einer der wichtigsten Differenzpunkte zwischen der Opposition und der Parteileitung aus der Welt geschafft. Hoffen wir, daß es auch gelingt, die andern zu beseitigen.

— **Rußland.** Wir haben seinerzeit — wohl von allen westeuropäischen Völkern mit zuerst — über die barbarischen Erschießungen von politischen Gefangenen in Jakuisk! berichtet. Jetzt hat auch die bürgerliche Presse von diesen russischen Gräueln Notiz genommen, die hundert, tausendmal infamer sind, als die von den Agenten Rußlands aufgebauhten „türkischen Gräueln.“ Ein Bericht der „Times“ mit vielen Details macht die Kunde durch die Presse, und ihm wollen wir, da wir über die Ermordung Jotoff's, Hausmann's und Bernsteins bereits berichtet, einige Stellen aus den letzten Briefen dieser Märtyrer des freien Gedankens in Rußland entnehmen. Wir folgen dabei der Uebersetzung der „New-Yorker Volksz.“:

Aus einem Briefe Jotoff's an seine Kameraden:
„Ich umarme und küsse Euch Alle, alle meine theuren Brüder und Genossen. Ich wollte Euch schon gestern schreiben, hatte aber nicht die Möglichkeit dazu. Hier mein Testament: Braucht alle Eure Kräfte und unter dem frischen Eindruck dieses Gräuels, dieses barbarischen Gemetzels, brüet mit allen möglichen Mitteln diese Tragödie, dieses kolossalen Verpeitschen der entmenschten Grausamkeit der russischen Regierung aus. Schreibt davon in allen Ecken Rußlands, im Ausland, und überall, wo Ihr könnt. Mein Kopf ist wirr, aber ich sehe Euch Alle, Alle! Oh Brüder, wie liebe ich Euch! Wie gerne möchte ich Euch noch einmal umarmen!“

Der Euer bis zum Galgen. Jotoff.
Aus einem Briefe Hausmann's:
„Gruß und Liebe die ganze Welt. Der Tod meiner Gedanken ist abgebrochen. Lebet wohl! Ueberlebt allen Genossen meinen Gruß und mein letztes Lebenswort. Wenn Ihr freudigere Tage erleben solltet, wird mein Gedanke, wenn man sich so ausdrücken kann, mit Euch sein. Ich ferbe im Glauben an den Triumph der Wahrheit; Lebt wohl, Brüder! Euer Hausmann.“

Aus einem Briefe Bernsteins:
„Meine Lieben, theuren Freunde und Genossen!
Ich habe nicht mehr lange zu leben. Nehmen wir im Geiste Abschied von einander, und möge dieser letzte Abschied verklärt sein durch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft unseres armen, heiß geliebten Vaterlandes. Niemals ist ein Atom Kraft in der Natur verloren gegangen, folglich kann auch ein menschliches Leben nicht nutzlos verloren gehen. Niemals sollte man um ein solches trauern. Laßt die Todten die Todten begraben. — Ihr habt ein lebendiges, erhabenes Werk vor Euch. Sagt nicht, Euer Leben würde nutzlos in den anablen Bergen Sibiriens enden. Ihr leidet im Dienste der Menschheit, mag es immerhin Euer letzter Dienst sein — Ihr habt Euer Eifer auf dem Altar der Volkstheorie dargebracht! Und wer weiß, vielleicht erblickt Ihr auch noch bessere Tage. Vielleicht werdet Ihr auch jene glückliche Zeit erleben, wenn das befreite Vaterland seine treuen, geliebten und lebenden Söhne mit offenen Armen empfangen wird, um zusammen mit ihnen das große Fest der Freiheit zu feiern!“

Dann, Freunde, denkt auch an uns, und das wird der größte, der beste Lohn für alle unsere Leiden sein. Mag diese große Hoffnung Euch nie verlassen, wie sie Euch auch auf dem Schafot nicht verlassen wird. Ich umarme Euch mit ganzer Kraft, von ganzem, liebendem Herzen! Euer Bernstein.“

Vorläufig sieht es freilich noch trübe aus. Schrankenlos wüthet das Ungeheuer „Jantismus“, und seine Schergen und Unterhorden jagen Alles, was Charakter zeigt, wenn sie es nicht tödten können, wenigstens zu Grunde zu richten. In Odessa haben sie neuerdings nicht weniger als 130 Studenten von der Universität vertrieben. Und wofür? Man höre, was der Wiener „Allg. Ztg.“ darüber berichtet wird:

„Eine Anzahl Studenten, Streber, hatte eine Vereinigung, eine Art geheime Polizei gebildet, um das „Jantenthum“ und den orthodoxen Glauben zu unterdrücken. Ein Mitglied dieser Verbindung ließ sich in einem Tagesjournal in marxistischer Weise als Lehrer ankündigen. Eine Anzahl von Studenten erhob dagegen Protest. Da sich unter den Protestirenden auch viele jüdische Studenten befanden, beschloß die Polizei, vor Allem ihr Mißthun an den jüdischen Kollegen zu rächen. Ein schwächlicher jüdischer Student wurde von ihnen im Universitätsgebäude überfallen und scheinlich mißhandelt. Die christlichen Studenten nahmen sich des allgemein beliebten Kollegen an und beschloßen, einen Oberrath zur Beurtheilung des Falles einzusetzen. Dies bewog andererseits die Juristen, eine denunciatorische Eingabe an die

Behörden zu richten, in welcher alle Kollegen als Geheimbändler und Mithilfen hingestellt wurden. Daraufhin wurden fünfzehn Studenten ohne jede Untersuchung relegirt und ihnen der Befehl ertheilt, Odessa binnen vierundzwanzig Stunden zu verlassen. Die Kollegen, empört über diese schreiende Ungerechtigkeit, erschienen in geschlossenen Reihen im Rektorate und verlangten die Zurücknahme dieses Urtheils und die Einleitung einer unbefangenen Untersuchung. In dieser Massenpetition erklarte die Polizei ein neues Verbrechen und dessen Bestrafung ließ nicht lange auf sich warten: Hundertunddreißig Studenten, zum Theil Polen und Juden, wurden relegirt und aus Odessa ausgewiesen.“

— In New-York tagte jüngst eine Konvention von Arbeitern jüdischer Abstammung. 31 jüdische Arbeitervereine — aus eingewanderten Juden russischer, russisch-polnischer, galizischer polnischer Junge (sogenannter jüdisch-deutscher Mundart) bestehend — hatten 47 Delegirte entsandt, um einen Zentralverband zu schaffen und gemeinsam ein Arbeiterblatt in ihrem eignen Dialekt zu gründen. An der Gewerkschaftsfrage scheiterte jedoch der Plan; Anarchisten und Sozialisten waren in ungefähr gleicher Stärke vertreten und die Fraktionen wollten die Behandlung der Gewerkschaftsfrage vom Programm des Blattes ausgeschlossen wissen; dadurch trat eine Spaltung ein. Die Anarchisten zogen sich zurück, und die Sozialisten wollten nun auf eigene Faust ein Blatt gründen.

Gegen diesen Gedanken — ein Arbeiterblatt in jüdischem Jargon — wendet sich mit großer Schärfe das von Genosse Hesper redigirte „St. Louis Tageblatt“, und seine Ausführungen scheinen uns durchaus der Beachtung werth. Es zitiert das Argument der Freunde des Projekts: „Wenn die Leute aber keine Schriftsprache außer ihrem Mundwortsch, ihrem Jüdischdeutsch, lesen können — wie ist es möglich, sie anders, als durch in ihrem Dialekt geschriebene Literatur sozialpolitisch aufzuklären?“ und erwidert darauf:

„Der einfache Hinweis auf Moses Mendelssohn's Leistung sollte genügen, diesen Einwand zu vernichten. Was Luther 250 Jahre zuvor für die Deutschen und für die deutsche Sprache im Allgemeinen durch Herstellung einer Bibelübersetzung in allerbesten Deutsch seiner Zeit gethan, dieselbe Arbeit führte Moses Mendelssohn im Interesse der deutschen Juden aus, die zu Ende des vorigen Jahrhunderts der deutschen Schriftsprache noch völlig fernstanden. Das schöne Deutsch der Mendelssohn'schen Bibelübersetzung gewann seine Glaubensgenossen in Deutschland für die deutsche Sprache und Literatur; mit Hilfe deutscher Sprache und Bildung überwand sie das Ghetto.“

„In Amerika würde in solchem Falle natürlich der Englischen Sprache die Rolle der Kulturmission unter den russisch-polnisch-galizischen Juden zufallen. Es ist ganz gleichgültig, in welcher Sprache der Mensch der Kultur zugeführt und ihr theilhaftig wird; eine Unmöglichkeit aber ist das „Jüdischdeutsch“. Es ist keine Sprache; es ist weder jüdisch, noch deutsch, noch polnisch, noch russisch; es ist auch kein Dialekt, gleich dem „Plattdeutsch“; kein bloßer Mißbrauch, gleich dem Pennsylvanisch-Deutsch; sondern ein Junkst gegen alle Sprachen, die es verzerrt und verrenkt; ein Schandmal an Gehalt, und ein Entsetzen an Ton.“

„Wie die geklärteste Sprache die Trägerin unserer Kultur, so jenes Monstrum die Heimstätte der Unkultur. Und das wollen Sozialisten und Anarchisten verewigen helfen, — um ein paar Seiten für den Sozialismus zu fangen!“

Wir denken anders darüber und lenken seinerzeit die Aufmerksamkeit der New-Yorker Sozialisten auf folgendes Moment:

„Ist der russisch-polnisch-galizisch-jüdische Arbeiter, dem Ihr sozialistische Literatur in jüdisch-deutscher Mundart zugänglich machen wollt, um ihn für die Arbeiterbewegung zu gewinnen, geschickt genug, um Eure Lehre zu begreifen — so kann es doch wahrlich nicht so schwierig sein, ihm das deutsche oder das englische Alphabet beizubringen, damit er deutsche oder englische Schrift lesen kann; denn die deutsche Mundsprache versteht er, und ein wenig englisch sprechen kann er in einigen Jahren, gleich jedem anderen Einwanderer.“

„Ist es nicht möglich, ihm das deutsche oder englische Alphabet beizubringen, so beweist dies, daß er denkfaul ist, und dann nützt uns seine Betheiligung an der Arbeiterbewegung Nichts; sobald er die ersten 100 Dollars in der Hand hat, wird er Auswanderer und Donrgeois und bricht mit der Vergangenheit.“

Die New-Yorker Sozialisten und Anarchisten sollten dem Westlichen „jüdisch-deutscher“ Sektoren, Vereine, Gewerkschaften, Zeitungen &c. in ihrer Mitte baldigh ein Ende bereiten.“

Soweit das „St. Louis Tageblatt“.
Wir stimmen ihm zunächst in dem bei, was es über den jüdischen Jargon sagt. Derselbe ist keine unwillkürliche Volkssprache, sondern eine verborbene Mundart, die kein Element enthält, das der Erhaltung werth wäre, und es sollte demnach sozialistischerseits alles vermieden werden, was dazu beitragen könnte, Leute an dieser Mundart länger festhalten zu lassen, als sie es sonst thun würden. Diese Gefahr ist aber unserer Ansicht nach mit der Schaffung einer besonderen jüdischen Arbeiterpresse verbunden. Diese trägt den Charakter des Panzerdums, leistet also dem Festhalten am Schlenbrian — und der Jargon ist im Wesentlichen nichts als ein Schlenbrian — Vorkaub. Es sei denn, daß sie in jeder Nummer gegen sich selbst Propaganda macht.

Man braucht nun aber nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten. Die Thatsache, daß Tausende und Abertausende von Arbeitern jenen Jargon und nur ihn sprechen und lesen, ist da, und es liegt kein Grund vor, ihm nicht sozialistischerseits Rechnung zu tragen. Es handelt sich nur darum, die schädliche Uebertreibung zu vermeiden. Diese liegt in der Schaffung einer besonderen Presse, besonderer Gewerkschaften &c. Nichts spricht aber nach unserer Meinung dagegen, Bildungsvereine für jüdische Arbeiter in's Leben zu rufen, in denen sie zu Rekruten für die Arbeiterbewegung erzogen werden, sowie Professoren in ihrer Mundart herauszugeben, in denen sie über die Grundzüge der Arbeiterbewegung aufgeklärt und zur Theilnahme an derselben angeleitet werden. Das ist unerlässlich, um sie überhaupt dahin zu bringen, daß sie die Nothwendigkeit, ihren Jargon aufzugeben, begreifen.

Alles, was darüber hinausgeht, ist zum Mindesten schädliche Spielerei.

Briefkasten

Der Redaktion: H. M. in Par.: Brief und Buch mit bestem Dank erhalten. Lepteres nach Gebrauch sofort zurück.

Der Expedition: H. Schr. Anth.: Th. 9.6 per Ab. 1. Cu. u. Schft. erb. Edg. abg. — Tisch. soz. Club Kavilliste: Fr. 12. — Ab. 4. Cu. 89 erb. Weiteres angenehm. Grüße bestens erwidert. — Welsch: Nr. 125. — a. Giv. erb. Bestllg. per 90 notirt. Ist das der ganze Erfolg leiblicher Handreichung für A. ? — Rhr. Holländer: Nr. 3. 10 Ab. 1. Cu. u. Porto erb. Weiteres dem Wds. zugewiesen. Beigabe u. Bstllg., sowie Hbgl. D. befordert. — Ch. P. Vos.: Nr. 2. — Ab. 1. Cu. erb. Erfragtes werden revidiren. — Falken: Wd. 12. — per Ab. 1890 (Wd. 17.60) erb. Weiteres Nr. 1.60 sind für Schftn. gube. Erwarten Beleid über Hf. Dargelegtes u. erwidern Grüße allseits herzlich. Sch. ist nicht mehr hier. — Die Ketten S.-S.: Auf diese Briefe können wir nicht eingehen. Näheres darüber und Beleid auf Bf. v. 11/1 Bst. Bstllg. vorgemerkt. — D. R. P.: Ab. 11. Vorlage v. 7/1 notirt u. Bstllg. eingetr. Erfragtes nach händl. eintreffen. — G. H. B. W. London: Sch. 4. — f. Schrift. erb. — G. St. W.: Nr. 6. — Ab. 1. u. 2. Cu. erb. — H. B. Sp.: Nr. 8.80 Ab. 1. u. 2. Cu. erb. Nr. 8.80 Bst. Bstllg. zugewiesen. — Urania: Reklamirtes wird wahrseinh. nun dort sein. Ebenso die Fr. demnächst eintreffen. Kundig folgt. — Schagen: Ab. u. Bstllg. notiren u. besorgen Weiteres Bst. — Utopia: Ab. u. Vorlage v. 8/1 notirt u. Beilage befordert. — Antihis.: Wrlg. Aufstellung conform gebucht u. Abrechnung befordert. Nr. 30. — a. Giv. — g. Jänen belastet fdb. x. v. 9/1 erb. Bf. v. 13. freuzten. B. 28 schon unterwegs. Weiteres mit höchstem Abr. ertühmt, als „Sped.“ eingest. — Wälfel: B. 2. v. 10/1 hier. Warum lassen Sie uns denn revidiren, wenn die Sache nicht so wichtig war. — Romulus: Jertium durch Completion am 11/1 richtiggestellt. Ging nur 1 Palet. — Traumbt.: Wd. v. 10/1 erb. u. mit Vorladung betr. Fortsetzung einverstanden. H. Weiteres. — Ch. Dr. Erford: Sch. 5. — f. Schrift. erb. — K. Gr. D. Charlton: Sch. 5. — Ab. G. u. A. der 1. Cu. u. Schft. erb. Nachfrg. folgt. Befehltes sobald fertig. — A. W. Widdicomb: Unter Wd. er-

scheint schon seit Oct. 88 in London u. kostet nach Amerika 2 Doll. per Jahr nur gegen ganzjährige Vorauszahlung im Einzelbezug. — Brauner Wd.: Ab. 11. Vorlage richtiggestellt. Gut, gut, gut und Gruß! — Rother Kämpfer: Ab. 11. Vorlage v. 11/1 u. Bstllg. notirt. Erfragtes Bst. Bis jetzt noch Alles ruhig. — J. W. Chicago: In Nr. 62 89 quittirte Sch. 8.3 dem Wd. zugewiesen. Bst. Bstllg. u. Weiteres geeigneten Orts nebst Ihrer Abr. mitgetheilt. Orientirt sind wir in dieser Sache nicht. — Rhr. Geldad: Nr. 20.20 f. 4 dir. Ab. 1. Cu. u. 1 indir. erb. — K. M. Gent: Unfr. B. 2. freuzte mit Ihrem Bf. gleichen Datums. Fr. 60. — zum Ausgleich Ihres Restes per Ende 89, u. Fr. 2.50 per Ab. 1. Cu. erb. W. Weiteres. — „Wörter Freund“ London: Sch. 1. — f. Schft. erb. Erfragtes Bst. berichtet. — Blumelle: Nr. 6. — f. 2 Ab. 4. Cu. 89 u. Hdr. zur Vermithung erb. Bstllg. folgt. Pränumeration ist Regel. Auf alle Fälle stets bei Quartalschluss nachgeben, ob weiterzuliefern ist. Wir können doch nicht wissen, was dort passiert u. ob der Schweizer nicht im Lode ligt. — J. H. W.: Nr. 5. — Ab. 1. Cu. erb. — P. Riquit. Benevento: (Fr. 3.70) Sch. 2.11 Ab. 1. Cu. u. Schft. erb. Reklamirtes ging mit 45. Erfolg folgt mit der Bitte, anschließende Nummern d. S. stets rechtzeitig zu reklamiren. — Blanc: Neues Bst. erb., dagegen erio. bezügl. des Restes umgeh. greifbaren Beweis dafür, daß wir nicht unfreiwillig Vorspann leisten müssen. Gruß! — Wd.: Fr. 12.25 Ab. 1. Cu. u. Schft. erb. — G. Schott Wd.: Sch. 5. — f. Schft. erb. Natur. wahrseinh. unterwegs. Kaffales Soft. d. e. Rechte leider momentan nicht zu haben. Werden suchen. Preis allerdings schwer bestimmbar. — Calensborg: Wd. 10. — zum Ausgl. des Giv. Bst. erb. Zum Dr. hatten wir gratulirt. — Schwarzer Taugenichts: Nr. 20. — a. Giv. Ab. x. erb. Wir verlassen uns darauf und grüßen. — Derentburn: Nr. 40. — a. Giv. Ab. x. erb. u. Bstllg. not. Restem. dürfte nun dort sein. Hoffentl. erfüllen sich Ihre Wd. Bstllg. Brief. Weiteres betr. d. „8-Stunden-Tag.“

Wahlfond-Duittung.

Zur Weiterbeförderung sind an unsere Adresse eingegangen:

Nieder quittirt (siehe Nr. 2)	Nr. 2260.38
Sozialdemokr. Bildungsverein in Brüssel (Fr. 80. —)	64. —
Rother Holländer	1. —
L. W. Sp.	1.20
J. Weh, Chicago (2 Doll.)	8.24
Genossen in Gent, Belgien. Uebersicht des Festes zu Gunsten des Wahlfonds deutscher Sozialdemokraten (Fr. 405.57)	324.45
Zusammen	Nr. 2659.27

Da es noch immer vorkommt, daß Genossen in Deutschland Gelder zu Wahl- und Unterstützungszwecken &c. u. s. w. well sie diesen Weg für sicherer halten oder aus sonstigen Gründen, zur Weiterbeförderung übermitteln, so machen wir sie darauf aufmerksam, daß, wie sich im Giberfelder Prozeß gezeigt hat, sie dadurch sich und Andere zwecklos den größten Chikanen aussetzen.

Es ist freilich selbstverständlich, daß wir an uns gesandte Gelder, die nicht und gehören, an Diejenigen absenden, für die sie bestimmt sind. Da aber fündige Staatsanwälte aus dieser rein geschäftlichen Transaktion einen Beweis für eine „Verbindung“ zu konstruiren suchen, so bitten wir die Genossen in Deutschland in ihrem eigenen Interesse auf das Dringendste, derartige Zusendungen an uns zu unterlassen, dieselben vielmehr an die vom Zentralauskomitee der sozialdemokratischen Partei bekannt gegebenen Adressen zu überfenden.

Sozialdemokratische Bibliothek.

	Fr.	Cts.	Nr.	Bl.
1. Gesellschaftliches und Privat-Eigenhum. Ein Beitrag zur Erläuterung des sozialistischen Programms.	—	25	—	20
2. Karl Marx vor den Kölner Geschwornen. Prozeß gegen den Kuchhändler der rheinischen Demokraten wegen Aufruf zum bewaffneten Widerstand. (9. Febr. 1849.) Aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“. Mit einem Vorwort von Fr. Engels.	—	25	—	20
3. Die Zukunft der Sozialdemokratie. Von J. Dieckgen.	—	15	—	15
4. Enthüllungen über den Kommunisten-Prozeß zu Köln. Von Karl Marx. Mit Einleitung von Fr. Engels und Dokumenten.	—	60	—	45
5. Infrer Jhr. Von A. Wibel. Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“.	—	35	—	30
6. Die schlechte Millarde. Von Wilhelm Boff. Abdruck aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ März bis April 1849. Mit Einleitung von Fr. Engels.	—	40	—	35
7. Sozialpolitische Vorträge von Joseph Dieckgen. 1) Nationalökonomisches. 2) Die bürgerliche Gesellschaft.	—	25	—	20
8. Der tolle Schuler gegen den lebenden Lasker. Aus dem Berliner „Sozialdemokrat“ 1868.	—	50	—	40
9. Der wirtschaftliche Materialismus nach den Aufzeichnungen von Karl Marx. Von P. Lafargue.	—	30	—	25
10. Arbeiterprogramm. Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. Von F. Passalle.	—	20	—	15
11. Wilhelm Welling. Seine Agitation und Lehre im geschichtlichen Zusammenhange dargestellt von Emil Kaler.	—	65	—	50
12. Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik. Separatdruck aus dem „Volksstaat“ 1873/74.	—	15	—	15
13. Zur Wohnungsfrage. Von Fr. Engels. Separat-Abdruck aus dem „Volksstaat“ 1872.	—	50	—	40
14. Georges Babus und die Veränderung der Religion. Von G. Deville. Aus dem Französischen und mit einem Nachwort von G. Bernstein.	—	55	—	45
15. Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Vertheidigungsrede von F. Passalle.	—	25	—	20
16. Die Christenbewegung in England. Mit Anlagen: a) Rede von Jol. Hauner Stephens, gehalten am 10. Febr. 1839 in Stalesbridge. b) Beschluß der Christenkonferenz v. April 1851.	—	40	—	35
17. Hauptertheil und Revolution. Von B. Liebknecht.	—	40	—	35
18. Streikzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erbkantalktheorie von J. Dieckgen.	—	45	—	40
19. Das Recht auf Lustheil. Von P. Lafargue.	—	25	—	20
20. Arbeiterstreik. Von F. Passalle.	—	40	—	35
21. Ein Arbeiter-Widerlegung der nationalökonomischen Lehren J. Stuart Mill's von J. G. Occarius.	—	65	—	50
22. Wissen ist Macht, Macht ist Wissen. Von B. Liebknecht.	—	40	—	35
23. Kleine Aufsätze von F. Passalle. 1) Die französischen Nationalverfassungen von 1848. 2) Antwort an Herrn Professor Rau. 3) Passalle und die Statistik von W. Wackerrodel. 4) Herr Wackerrodel oder der moderne Herodotus. 5) Erwiderung auf eine Rezension der „Neuen Zeitung“.	—	25	—	20
24. Zur Erinnerung für die deutschen Medizinalräthe 1806 bis 1807. Von S. Forthelm. Mit einer Einleitung von Fr. Engels.	—	50	—	40
25. Hebräer die politische Stellung der Sozialdemokratie. Von B. Liebknecht.	—	25	—	20
26. Die wahre Gestalt des Christenthums. Von Yves Guyot und S. Lacroix.	—	65	—	50
27. Abrede vor den Geschwornen zu Düsseldorf am 3. Mai 1849. Von F. Passalle.	—	40	—	35
28. „Kirche mit den Sozialdemokraten“. Von W. Braude.	—	15	—	15